

7 Fragestunde

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Ich darf nun gleich zur Fragestunde überleiten. Es ist jetzt 12.31 Uhr, das heißt, die Fragestunde geht bis 13.31 Uhr, und ich habe heute auch eine Bitte, die von mehreren Seiten an mich herangetragen wurde: Viele Gemeinderatsmitglieder überlegen sich ihre Frage, bereiten sie gut vor und würden halt so gerne auch im Rahmen dieser Gemeinderatssitzung wirklich drankommen. Das heißt, ich ersuche sowohl die Stadtregierungsmitglieder als auch die Gemeinderäte, sich kurzzufassen, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen auch ihre Fragen heute stellen können (*Appl.*).

Beginnen darf ich mit Frau Gemeinderätin Ussner, sie fragt Frau Stadträtin Elke Kahr betreffend Fahrradbrücke über der Augartenbucht.

Beginn Fragestunde: 12.31 Uhr

7.1 Frage 1: Fahrradbrücke über der Augartenbucht (GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ Ussner:

Werter Gemeinderat, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen zuhause, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke. Wir führen ja jetzt bereits seit Februar 2020 die Debatte darüber, wie man die problematische Situation im Augarten entschärfen kann. Wir werden heute auch in einem Dringlichen weiter darüber diskutieren. Im Februar 2020, als ich das erste Mal die Frage gestellt habe, ist der Grieskai als Ausweichstrecke das erste Mal im Gespräch gewesen, letzte Gemeinderatssitzung wieder abgesagt worden und jetzt aber medial wieder im Gespräch gewesen. Weiters

hast du medial angekündigt, dass eine Brückenkonstruktion über die Augartenbucht geprüft werden wird, aber eben auch noch einmal im Zuge der Baustellen, wenn ich das richtig verstanden habe, eine Pop-up-Radweg-Lösung am Grieskai ausprobiert werden wird. Was mich ja sehr freut, habe ich ja letztes Jahr auch schon einmal gefragt, ob das für Graz eine Option wäre. Damals ist es noch mit Nein beantwortet worden. Wir haben aber gegenüber der Brückenkonstruktion über die Bucht eine ganz klare Haltung, weil die Natur- und Artenschutzmaßnahmen, die da jetzt im Zuge der Bucht gebaut worden sind, müssten da wieder rückgebaut werden, und das ist durch die massiven Eingriffe, die sowieso am Muruferrand die letzten Jahre passiert sind, für uns einfach keine Option, dass man das hier dann auch wieder rückbaut. Abgesehen davon würden die Kosten, die so eine Brücke mit sich bringt, könnte man um die gleichen Kosten einfach eine Vielzahl an Kilometern an Radwegen in Graz bauen; es geht halt immer wieder um die gleiche Diskussion, nämlich ob man Flächen wirklich umwidmet und ob man sich das traut. Aber da eben medial angekündigt worden ist, dass die Brücke geprüft wird, möchte ich jetzt die

Frage

stellen:

Mit welchen finanziellen und ökologischen Auswirkungen ist durch die Errichtung einer Fahrradbrücke im Bereich der Augartenbucht zu rechnen?

Originaltext der Frage:

Bereits seit Februar 2020 führen wir nun eine Debatte darüber, wie die problematische Situation im Augarten, die durch die neue Radroutenführung entstanden ist, entschärft werden kann. Besonders für RadfahrerInnen und Kinder ist die Situation sehr gefährlich.

Auf meine Frage: „Wann ist mit Maßnahmen zu rechnen, um die gefährlichen Situationen entlang der Hauptradroute 8 durch den Augarten für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zu entschärfen?“, in der Gemeinderatssitzung im März 2021 bekam ich die Antwort, dass eine Hauptradroute über den Grieskai als Alternative nicht mehr in Betracht gezogen wird, da durch eine Einbahnführung am Grieskai an der Ecke Karlauer Gürtel/Lazarettgürtel der KFZ-Verkehr die angedachte Südwest-Linie blockieren würde.

Autoverkehr ist kein Naturgesetz und verringert sich, sobald den Menschen andere Verkehrsmittel und Anreize zum Umstieg geboten werden. Weiters sollte der Radverkehr wirklich nicht gegen die Südwest-Linie ausgespielt werden. Es braucht vielmehr eine Fokussierung auf Radverkehr UND die öffentlichen Verkehrsmittel, kein entweder – oder. Die von Ihnen medial ins Spiel gebrachte Alternativlösung, nämlich eine Fahrradbrücke im Bereich der Augartenbucht zu errichten, sehen wir sowohl aus finanziellen als auch aus ökologischen Gründen als diskussionswürdig an. Mit den finanziellen Mitteln, die für eine große Infrastrukturmaßnahme wie eine Brücke benötigt werden, könnten an anderen Stellen viele Kilometer dringend notwendiger Radwege gebaut werden. Außerdem sollten weitere Rodungen und Eingriffe in den Grünraum unbedingt verhindert werden.

Daher stelle ich an Sie als zuständige Verkehrsstadträtin folgende

Frage:

Mit welchen finanziellen und ökologischen Auswirkungen ist durch die Errichtung einer Fahrradbrücke im Bereich der Augartenbucht zu rechnen?

StRⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, genau wie du gesagt hast, also seit letztem Jahr, also in Zusammenhang mit der Errichtung der Augartenbucht und damit einhergehenden Umlegung des Radweges, es ist ja damit auch die Hauptradroute unterbrochen, gibt es verschiedenste Überlegungen und Lösungen, wie man den Augarten und für die FußgängerInnen und RadfahrerInnen diese Situation entschärfen kann. Weil es, man wundert sich eh, dass eigentlich nicht mehr passiert, aber es nicht optimal ist und darauf haben wir aber von Anbeginn immer aufmerksam gemacht, dass, wenn die Augartenbucht dort kommt, eine wichtige Radwegroute unterbrochen wird und nach Lösungen gesucht werden muss, die natürlich auch dann tatsächlich für die Radfahrenden tauglich sind. Ich bin unter anderem auch gefragt worden bezüglich dieser Brückenkonstruktion, diese Überbrückung über die Augartenbucht, und ich habe darauf geantwortet, dass ich meine Abteilungen dazu befragen werden und schauen werde, ob das eine taugliche Möglichkeit ist, weil sie natürlich die direkteste Route wäre und ich das immer bevorzuge, bevor man Umwegfahrten für Radfahrenden macht. Weil es sind ja unheimlich viele Überlegungen hier vom Bezirksrat gekommen, dass man den Augarten umfahren soll. Kann man alles machen, das ist ja jetzt schon möglich, aber ist eben für Radfahrende nicht optimal, wenn man eben haben will, dass man auch für sie die bestmögliche Variante macht. Die Rückmeldung war dann so, dass die Abteilung für Grünraum und Gewässer und auch die Stadtplanung, also die Abteilung Grünraum und Gewässer ist ja für den Augarten zuständig, hier keine positiven Rückmeldungen gegeben hat, genau aus den Gründen, die du schon angedeutet hast: aus wasserrechtlichen Gründen und auch aus ökologischen Gründen, und insofern die Genehmigungsfähigkeit nicht gegeben ist und somit auch nicht weiterverfolgt werden kann. Die Brücke würde, weil du die Kosten angesprochen hast, das ist eine Länge von ca. 150 Meter, und die wäre bei ca. 1 Mio. Euro gewesen. Das wäre jetzt aber eine Grobschätzung, und in Detailplanung werden wir nicht gehen, wenn sozusagen diesbezüglich eine abschlägige Rückmeldung gekommen ist (*Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Danke für die Beantwortung. Zu dem Punkt der direkten Wege, da stimme ich dir zu, aber gerade im Augarten ist das jetzt halt eine schwierige Situation, vor die man gestellt worden ist. Und ich bin auch in regelmäßigem Austausch mit der Radlobby und gerade speziell an dem Ort macht es schon Sinn, auch außerhalb des Augartens einfach eine Radroute bereitzustellen, wo die Leute schnell fahren können. Immer unter der Prämisse, und das ist auch die Meinung der Radlobby, dass der Augarten trotzdem befahrbar bleiben muss, aber dann halt für die RadfahrerInnen, die eher langsam fahren, aber eine Ausweichstrecke macht in dem Fall auch außerhalb Sinn, wenn man genug Platz hergibt, damit die Leute dort auch schnell fahren können. Und meine Zusatzfrage bezieht sich jetzt auf den Grieskai, der ja eigentlich auch ein ganz wichtiger Lückenschluss ist, der eigentlich besser schon gestern passiert wäre als übermorgen, und wie da eben der Stand der Planungen ist und wie da der Plan ist, wenn man hier jetzt einen Pop-up-Radweg einmal ausprobiert (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin, ich teile deine Einschätzung. Es braucht gute und breite und sichere Radwegrouten, und deshalb würden wir uns gerne am Grieskai genau in dem Zeitraum, wo auch der Baubeginn für die Radwegausbreitung bei der Bertha-von-Suttner-Brücke war, wo ist im Sommer auch eine Baustelle beginnt, genau für diesen Zeitraum würden wir gerne überprüft und getestet wissen, die Einbahnrichtung stadteinwärts zu sperren, um zu schauen, wie die Relationen für den Autoverkehr sind (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, ich habe vorher vergessen auf etwas hinzuweisen, auf Ihren Plätzen finden sich heute zwei besondere Schriftstücke. Zuerst einmal, danke an den Finanzreferenten und allen, die mitgearbeitet haben, dass wir

den Geschäftsbericht 2020 wieder vorliegen haben. Es ist ein beeindruckendes Werk, das jedes Jahr erscheint und das auch ganz, ganz wichtig für alle Partner der Stadt ist, und darin sehen Sie natürlich auch die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Jahr 2020. Das zweite Buch, das Sie auf Ihrem Platz vorfinden, wurde geschrieben von Elke Jauk-Offner, mit interessanten Fotos von Lukas Elsneegg. Es ist ein besonderes Buch, das auch im Buchhandel erscheinen wird, es kommt heraus im Rahmen des Sportjahres. Sie wissen, 10.000 Schritte sind für unsere Gesundheit gut, egal wie schnell man sie macht, ob man spazieren geht oder läuft. Und in diesem Buch sind sehr schön 15 Touren zusammengefasst durch, die uns gesünder machen sollen. Ist auch schon im Buchhandel erhältlich und ich darf Ihnen bei der Lektüre und beim Ausprobieren auch alles Gute wünschen.

Als nächste Fragestellerin darf ich nun Frau Gemeinderätin Mag.^a Bauer zum Rednerpult bitten.

7.2 Frage 2: Unterstützung bei Corona-bedingten Mietrückständen (GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher im Livestream. Ich möchte heute das Thema aufgreifen: Mietrückstände und Hilfen. Die Frage werde ich an Herrn Stadtrat Hohensinner richten, und zwar aus folgendem Grund: Ich habe genau vor einem Jahr schon gefragt, ob es möglich ist, einen Corona-Hilfsfonds für Mieterinnen und Mieter einzurichten. Die Frage habe ich im Gemeinderat eingebracht, das Wohnungsamt hat auch geantwortet, dass einiges gemacht wird. Es wird nämlich beispielsweise, die Mietzinszahlung wurde wiederaufgemacht für den gesamten Personenkreis, das heißt, die MieterInnen, die verzichten mussten, hier gibt es Regelungen, haben wieder Zugang zur Mietzinszahlung im Gemeindewohnungsbereich. Es wurden auch die Stundungen gewährt, aber auch die Rückstände sind gestiegen, ich habe mich

erkündigt, gegenüber dem vorigen Jahr von 300.000 auf 400.000 Euro; das heißt, es zeichnet sich auch hier ab, dass Mieterinnen und Mieter Zahlungsprobleme haben, obwohl die Gemeindewohnungen zu den günstigsten Wohnungen zählen. Das zeigt aber jetzt auch die Günstigkeit, nämlich der Andrang steigt enorm an, wurde mir aus dem Wohnungsamt berichtet. In der damaligen Anfrage stand dann zur Antwort: „Das Wohnungsamt ist für die Gemeindewohnungen zuständig, für die anderen Wohnungen ist das Sozialamt zuständig.“ Und jetzt drängt sich natürlich die Frage auf, die Mietschwierigkeiten treffen nicht nur Mieterinnen und Mieter in Gemeindewohnungen, sondern auch in den anderen Wohnungen, deswegen die

Frage

an dich, Herr Sozialstadtrat:

Welches Package hast du für die Mieterinnen und Mieter außerhalb der Gemeindewohnungen im Sozialbereich, und hilft es?

Originaltext der Frage:

Nicht zuletzt Pandemie-bedingt gibt es seitens vieler GrazerInnen zunehmend Klagen darüber, dass sie ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Vor allem dort, wo aufgrund von Corona Mietstundungen erfolgten, tritt jetzt das ein, wovor schon vor Monaten gewarnt wurde: Wenn diese Zahlungen dann zusätzlich zu den laufenden Mieten fällig werden, drohen viele Betroffene in eine enorme finanzielle Schieflage zu geraten. Wobei jetzt erschwerend hinzukommt, dass die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen ja nach wie vor auf dramatische Weise spürbar sind.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Welche Unterstützungsleistungen sind seitens des Sozialamtes vorgesehen, um die Zahlungsprobleme jener MieterInnen zu mildern, die nicht in Gemeindewohnungen leben und die somit auch nicht in den Zuständigkeitsbereich des Wohnungsamtes fallen.

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Susanne. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir für alle Menschen da sind, egal ob sie in Gemeindewohnungen wohnen oder am freien Markt, das ist einmal ganz wichtig zu unterstreichen. Und da gibt es seitens des Sozialbereiches zwei Unterstützungsschienen, die eine ist die gesetzliche Hilfe und die andere die freiwillige Unterstützung. Bei der gesetzlichen Hilfe haben wir die Mindestsicherung mit der Unterstützung des Wohnbedarfes; daneben gibt es, wie du weißt, auch das Sozialhilfegesetz, wo wir einmalige Beihilfen für Wohnraum und Hausrat vorgesehen haben. Das SUG, das Sozialunterstützungsgesetz, wird ja die Mindestsicherung ablösen, aber auch in dem neuen Gesetz sind die gleichen Unterstützungsleistungen vorgesehen. Zur Info: Ich habe im Sozialamt rückgefragt, wir haben weder im Sozialhilfegesetz, noch im Mindestsicherungsgesetz jetzt schon einen extremen Anstieg zu verzeichnen, also derzeit gibt es Gott sei Dank eine leichte Tendenz nach oben. Der zweite Bereich, den ich angesprochen habe, sind die freiwilligen Leistungen, und da haben wir aus meiner Sicht wirklich etwas Schönes eingerichtet, nämlich den Sozialfonds „Graz hilft“, den gibt es, wie du weißt, seit 2020. Hier konnten wir schon 135 Menschen helfen, auch bei Wohnungsfragen und Anliegen. Bis dato haben 165.000 Euro ausgegeben, heuer bereits 42 Menschen helfen können und wir haben noch in diesem Fonds für heuer über 100.000 Euro verfügbar. Neben der gesetzlichen und der freiwilligen Schiene gibt es noch andere Unterstützungen wie das Beratungsangebot der Erwachsenen-Sozialarbeit, das Beratungsangebot der Wohnungssicherungsstelle der Caritas, Josef-Krainer-Hilfsfonds,

die Aktion des Alt-Bürgermeisters Stingl „Von Mensch-zu-Mensch“, die Existenzberatung der Caritas und die Volkshilfe bietet auch Ähnliches an, und ich werde auch den Weg zur Soziallandesrätin Doris Kampus suchen und mit ihr besprechen, für den Fall der Fälle, wenn es wirklich zu einer dramatischen Entwicklung kommt, dass wir ein zusätzliches Fangnetz bereitstellen (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals, gibt es eine Zusatzfrage?

GRⁱⁿ Mag.^a Bauer:

Ja, es gibt eine Zusatzfrage. Du hast erwähnt die freiwilligen Leistungen, wie sie die Stadt, das Land und auch andere Organisationen zur Verfügung stellen, das ist auch gut so. Eine große Schwierigkeit tut sich aber hier bei den freiwilligen Leistungen für jene Menschen auf, die Probleme haben mit technischen Zugängen, es sind Unterlagen zu kopieren, es sind die Wege zu machen, es sind alle Stellen abzuklappern, im wahrsten Sinnes des Wortes. Überall ist das Problem zu schildern, das ist auch nicht sehr angenehm für diejenigen. Und es ist auch nicht angenehm, wenn es Defizite gibt, beispielsweise bei Sehbeeinträchtigungen oder Sonstigem, also es ist sehr schwer und mühselig, diese einzelnen Stellen abzuklappern und für den Falle würde ich hier vorschlagen, und ich hoffe, dass du darauf einsteigst, dass wir so eine Art, ich habe das Wort noch nicht besser gefunden, aber so eine Art Sozialdrehzscheibe finden, wo man zumindest die Unterlagen für die freiwilligen Leistungen diverser Stellen zusammenbündeln kann und auch weitergeben kann. Jede Stelle will die Unterlagen haben, das in x Kopien. In dem Sinne würde es zum einen eine Erleichterung in der Administration und zum Zweiten eine Erleichterung dahingehend stellen, dass man nicht jedes Mal die eigene Leidensgeschichte und das eigene Problem hundertmal schildern muss. Bist du bereit, über so eine soziale Drehzscheibe mit jenen, die eine

freiwillige Leistung erbringen, Kontakt aufzunehmen und sagen, gut, können wir hier effizienter unterstützen und hier auch besser helfen (*Appl.*)?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, die soziale Drehscheibe der Stadt ist das Grazer Sozialamt, auf das bin ich wirklich stolz und ich möchte an dieser Stelle bitten, dass wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jetzt einmal einen lautstarken Applaus schenken (*Appl.*).

Und als Ergänzung, es sind ja alle freiwilligen sozialen Leistungen bei uns, oder nahezu alle sind in der SozialCard zusammengefasst, und hier haben wir, was die Antragstellung betrifft, gerade für Menschen über 65 bzw. 60 und für Menschen mit Behinderung eine Ausnahme gemacht, dass sie nicht jedes Jahr neu beantragen müssen, sondern die bekommen das, wenn sie es einmal bekommen haben, für immer (*Appl.*).

7.3 Frage 3: Graz setzt ein Zeichen zum Europa-Tag 2021 (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke. Am 9. Mai ist Europa-Tag, und wie jedes Jahr am 9. Mai machen wir uns ganz bewusst, dass wir in Frieden und Einheit leben dürfen. Am 9. Mai 1950 hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Visionen einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit Europas proklamierte. Aufbauend auf der Idee von Jean Monnet legte er damit den Grundstein für eine Gemeinschaft europäischer Staaten als überstaatliche Institution, wodurch Kriege auf unserem Heimatkontinent beinahe unvorstellbar wurden. Ja, und diesen historisch bedeutenden Tag zelebrieren alle

Mitgliedsstaaten auf ihre eigene Weise. Auch in diesem von der Pandemie geprägten Jahr sind zahlreiche Veranstaltungen und Festakte geplant, die das europäische Gemeinschaftsgefühl stärken sollen, dazu werden öffentliche Gebäude mit den Symbolen der Europäischen Union, unter anderem mit der Europafahne, geschmückt. In Deutschland findet sogar zusätzlich zu den Feiern zum Europa-Tag eine ganze Europa-Woche statt, die von Schulen und Hochschulen bewusst genutzt wird, um über kulturelle und wirtschaftliche Themen der Europäischen Union aufzuklären und zu diskutieren. Somit nehmen jedes Jahr tausende EuropäerInnen den 9. Mai auch zum Anlass, im Rahmen von Führungen, Debatten, Konzerten und anderen Veranstaltungen mehr über die EU zu erfahren und um die Europäische Gemeinschaft zu feiern. Graz als bekennende proeuropäische Stadt im Herzen Europas sollte dabei keine Ausnahme sein. Daher stelle ich folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke, wird sich Graz zum diesjährigen Europa-Tag ebenfalls „in Schale werfen“ und zumindest mittels Beflaggung öffentlicher Fahnenmasten und öffentlicher Verkehrsmittel ein Bekenntnis zur Europäischen Union und zur Europäischen Gemeinschaft abgeben?

Originaltext der Frage:

Wie jedes Jahr am 9. Mai gehört unser Gedenken dem glücklichen Umstand, dass wir in Frieden und Einheit leben dürfen. Es ist der Tag der historischen Schuman-Erklärung: Am 9. Mai 1950 hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Vision einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit Europas proklamierte. Aufbauend auf einer Idee von Jean Monnet legte er damit den Grundstein für eine „Gemeinschaft europäischer Staaten als überstaatliche Institution“, wodurch Kriege auf unserem Heimatkontinent beinahe unvorstellbar wurden.

Alle Mitgliedsstaaten zelebrieren den Europa-Tag auf ihre Weise. Auch in diesem, von der Pandemie geprägten Jahr, sind zahlreiche Veranstaltungen und Festakte geplant, die das europäische Gemeinschaftsgefühl stärken sollen. Dazu werden an diesem Tag öffentliche Gebäude mit den Symbolen der Europäischen Union, unter anderem mit der Europa-Fahne, geschmückt. In Deutschland findet zusätzlich zum Europa-Tag eine ganze „Europa-Woche“ statt, die von Schulen und Hochschulen bewusst genutzt wird, um über kulturelle und wirtschaftliche Themen der Europäischen Union aufzuklären und zu diskutieren.

Somit nehmen jedes Jahr tausende Menschen den 9. Mai zum Anlass, um im Rahmen von Führungen, Debatten, Konzerten und anderen Veranstaltungen mehr über die EU zu erfahren und um die Europäische Gemeinschaft zu feiern.

Graz als bekennende proeuropäische Stadt im Herzen Europas sollte dabei keine Ausnahme sein.

Daher stelle ich folgende

Frage:

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr,
wird sich Graz zum diesjährigen Europa-Tag ebenfalls „in Schale werfen“ und zumindest mittels Beflaggung öffentlicher Fahnenmasten und öffentlicher Verkehrsmittel ein Bekenntnis zur Europäischen Union und zur Europäischen Gemeinschaft abzugeben?*

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin Reininghaus, ich bin eigentlich persönlich eine große Freundin von unseren Fahnen in unserer Stadt Graz gewesen, egal zu welchen Anlässen. Ich habe das immer schön gefunden, egal ob das am Staatfeiertag ist oder an

anderen wichtigen Anlässen. Das ist aber leider so, und das könnte sein, dass du das nicht rückgemeldet bekommen hast oder zumindest deine Fraktion das nicht erfahren hat, im Stadtsenat ist erst jetzt in der letzten Sitzung beschlossen worden, dass die Fahnenmasten, die ja auf öffentlichem Gut sind, erstens einmal eine Reduktion erfahren sollen auf 32. Es wird künftighin viel weniger Standorte geben, das ist gegen die Stimmen meiner Fraktion und auch der Grünen so mehrheitlich beschlossen worden und die Entscheidung, wer dort künftighin überhaupt Fahnen aufhängen darf, obliegt sozusagen dem Präsidialamt, also nicht dem Straßenamt. Also da müsstest du den Bürgermeister fragen, weil Ausnahmen werden über den Stadtsenat bewilligt. Das heißt, man müsste eben beim Präsidialamt anfragen, und dann geht das den Weg, dass der Bürgermeister dieses Stück dann im Stadtsenat einbringt und dort wird das dann beschlossen. Weil die Richtlinien, die jetzt eben neu beschlossen worden sind, sehen nur mehr vor, an kirchlichen Feiertagen und am Staatsfeiertag Fahnen aufzuhängen. Das andere betrifft die Holding Graz Linien, ich bin ja nicht die Beteiligungsreferentin, ich könnte dort nur den Geschäftsführer Malik fragen, was ich auch öfters getan habe für NGOs, unter anderem zuletzt, wo hier die Kollegin Muhr noch zuständig war, habe ich eigentlich ersucht anlässlich der CSD-Parade, dass man dort die Straßenbahnen mit den Regenbogen-Fahnen beflaggt, hätte ich wunderbar gefunden, ist aber abgelehnt worden im Kontrollgremium und auch von der Geschäftsführung. Also meine Bitte wäre, wie gesagt, ich hätte hier überhaupt nichts dagegen, es sind nur andere Adressaten, die du hier fragen musst (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ja, ich wollte noch eine Zusatzfrage stellen, und zwar, es ist uns schon klar gewesen, dass es hier eine Überschneidung von Kompetenzen gibt. Straßenamt, Elke Kahr, die

Ausstattung mit Fahnen für Bims und Busse wäre wieder Sache der Holding, also vielleicht auch Stadtrat Riegler. Ich möchte dennoch noch einmal meine Frage wiederholen. Elke, wirst du dich auch für dieses Thema einsetzen, dafür, dass Graz sich herausputzt zum Europa-Tag?

StRⁱⁿ **Kahr**:

Ich würde mich für jede NGO und für jedes Anliegen einsetzen, die eine Beflaggung in der Innenstadt haben wollen, weil ich hier eine Befürworterin bin, dass man an bestimmten Festtagen oder Feiertagen in der Öffentlichkeit beflaggt (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Frau Gemeinderätin, nachdem es erst im letzten Stadtsenat eine Änderung gegeben hat, hat die Frau Stadträtin Kahr Ihnen jetzt auch keine ausreichende Antwort geben können, außer darauf hinzuweisen, dass das jetzt dann künftig auch nicht in ihrem Einflussbereich steht.

*GRⁱⁿ **Reininghaus** spricht mit der Schriftleitung.*

Bgm. Mag. **Nagl**:

Frau Gemeinderätin? Ich darf Ihnen vielleicht die Frage beantworten. Ich habe gerade gesagt, dass die Frau Stadträtin Kahr aufgrund der Entscheidung im letzten Stadtsenat, jetzt hat sich das überschritten, gar nicht die richtige Antwort wahrscheinlich geben hat können. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass ich vor einigen Jahren veranlasst habe, dass die Europafahne prinzipiell, und zwar in zweifacher Ausfertigung, jeden Tag auf dem Grazer Rathaus auch hängt, das wird sie auch weiterhin tun. Wir haben extra am Europaplatz eine ganze Reihe von Europafahnen aufgehängt und selbstverständlich

wird es in Graz zum von Ihnen gewünschten Tag auch wieder Europafahnen geben, vielleicht werden wir sogar den Uhrturm blau und gelb beleuchten und Fahnen werden wir bei den kirchlichen und gesetzlichen Feiertagen selbstverständlich weiterhin auch aufgehängt (*Appl.*).

Ich habe das vorhin leider verabsäumt, wir hätten auch die Frage 7 schon mitbehandeln können, weil es um Delogierungen geht, das hätte gleich zusammengepasst, das habe ich leider übersehen, aber jetzt haben wir auch zwei ähnliche, fast gleichlautende Fragen. Die erste stellt die Klubobfrau der ÖVP, Frau Gemeinderätin Gmeinbauer, die andere der Klubobmann der FPÖ, Herr Gemeinderat Mag. Sippel. Beide Fragen betreffen das Inlandsflugverbot und die Fragen gehen auch beide an Herrn Stadtrat Günter Riegler, deswegen darf ich bitten, dass die beiden Fragesteller gleich hintereinander die Fragen an den Herrn Stadtrat stellen und auch dann die Zusatzfragen.

7.4 Frage 4: Einstellung von Inlandsflügen ab 2028 (CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP an StR Dr. Riegler, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Dankeschön, Herr Vorsitzender, liebe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, herzlich willkommen auch die Zuhörer via Livestream. Mit Schrecken habe ich vernommen von der Frau Bundesminister Gewessler, dass mit 2028, wenn der Semmeringbasistunnel fertig ist und die Flugdauer von drei Stunden mit der Zugverbindung von Graz nach Wien unterschritten wird, es aus sein wird mit Inlandsflügen Graz-Wien. Bedauerlich deswegen, da für 95 % unserer steirischen Geschäftsreisenden doch von Graz nach Wien der Hub in die weite Welt ist, und ich darf erinnern, dass wir Gott sei Dank auch in Graz sehr große Firmen ansässig haben, die international tätig sind, sei es die Andritz AG, Magna oder die AVL. Von daher stelle

ich an dich, lieber Stadtrat Dr. Günter Riegler, in deiner Funktion als Beteiligungsreferent folgende

Frage:

Welche Auswirkungen siehst du aufgrund der angekündigten Einstellung der Inlandsflugverbindungen zwischen Graz und Wien auf den Flughafen Graz-Thalerhof selbst, den Wirtschaftsraum Graz sowie auch auf das Haus Graz zukommen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Der Flughafen Graz-Thalerhof war bis zum Ausbruch der Pandemie ein gut ausgelasteter Regionalflughafen, welcher gerade von Geschäftsreisenden wegen der guten Verbindungen zu internationalen Drehscheiben sehr genutzt worden war.

Frau BM Leonore Gewessler hat mit ihrer Ankündigung aufhören lassen, ab dem Jahr 2028, also dann, wenn der Semmeringbasistunnel fertig ist und die Fahrzeit mit der Bahn zwischen den Flughäfen Graz-Thalerhof und Wien-Schwechat unter 3 Stunden liegen wird, Flüge zwischen Graz und Wien einzustellen.

Nun liegt es auf der Hand, dass Inlandsflüge in Österreich ob der Größe unseres Landes weniger aus touristischen Gründen erfolgen, vielmehr fast ausschließlich eine Zubringerfunktion zu Drehscheiben des internationalen Flugverkehrs haben.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, in deiner Funktion als Beteiligungsreferent folgende

Frage:

Welche Auswirkungen siehst du aufgrund der angekündigten Einstellung der Inlandsflugverbindungen zwischen Graz und Wien auf den Flughafen Graz-Thalerhof selbst, den Wirtschaftsraum Graz sowie auch auf das Haus Graz zukommen?

**7.5 Frage 6: Inlandsflugverbot für Graz
(KO GR Mag. Sippel, MPA, FPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

KO GR Mag. **Sippel:**

Danke, Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren hier im Gemeinderat und via Livestream. Es ist in der Tat fast dieselbe Frage, die die Daniela Gmeinbauer und ich vorbringen, zeigt aber umso mehr, wie wichtig uns dieses Thema auch ist. Ich gebe es offen zu, ich habe mir nicht gedacht, dass ich am Ende des kältesten Aprils seit 40 Jahren hier draußen stehe und zum Klimaschutz eine Frage stelle, aber es passiert halt immer wieder auch Unvorhergesehenes. Nicht falsch verstehen, Klimaschutz ist wichtig. Klimaschutzmaßnahmen sind notwendig, aber sie sollten auch vernünftig sein, und ich glaube, in dieser Frage sind wir von Vernunft weit entfernt, ich würde sogar sagen, das kann man durchaus auch als Blödheit titulieren, was hier vorgebracht worden ist. Und es passiert hier Folgendes, dass die Menschen auch für blöd verkauft werden und das ist abzulehnen. Es ist ja gleichzeitig beispielsweise bei der Vorstellung, dass man jetzt die Inlandsverbindungen kappt, auch gesagt worden, dass man Automatismus auf die Mineralölsteuer, auf den Benzinpreis einführen wird, also das heißt, die Maßnahmen, die man sich selber vornimmt und dann vielleicht nicht einhalten kann, dafür werden dann die Steuerzahler in Form eines Automatismus bestraft und das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen, und das sind einfach Blödheiten, die eigentlich kontraproduktiv sind, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu gewinnen für Klimaschutzmaßnahmen. Und die Frage ist die, und ich glaube, da sollten wir so eine Art Flugabwehr jetzt auch einsetzen im übertragenen Sinne, um den Standort Graz, um den Flughafen Graz auch zu schützen und die Frage

ist einfach die: Wem gilt es hier mehr zu vertrauen, den Wirtschaftsvertretern, die sich um die Anbindung in die Welt hinaus Sorgen machen, vom Drehkreuz Wien profitieren wieder a andere, Frankfurt, München oder auch Amsterdam, das ist ja auch nicht ganz außer Acht zu lassen, oder vertraut man in dieser Sache einer in dem speziellen Punkt auch durchgeknallten Ministerin Gewessler, die hier einfach in einer Maßnahme in dieser Sache, ich stehe dazu, das ist durchgeknallt, in dieser Sache hier eine Maßnahme trifft mit so einem grünen Tunnelblick, nicht über den Tellerrand blickend, nicht Zusammenhänge erkennend, wo ein Flugverbot dann letztlich mehr Schaden für die Stadt und für den Standort bringt als es Nutzen bringt, und das ist einfach der Beweggrund, diese Frage zu stellen. Die Frage liegt dem Herrn Stadtrat vor. Ich wiederhole sie hier.

Frage:

Welche nachhaltige Auswirkung sehen Sie für den Wirtschaftsstandort Graz, wenn dieses von Bundesministerin Gewessler avisierte Flugverbot zur Umsetzung kommt (Appl.)?

Originaltext der Frage:

In der ORF-Pressesendung vom 25. April 2021 informierte die grüne Bundesministerin Leonore Gewessler über ihre Pläne, nach der Fertigstellung des Koralm- und Semmeringtunnels ab dem Jahr 2028 Inlandsflüge von Graz und Klagenfurt verbieten zu wollen. Für die Flugstrecke Wien – Salzburg der AUA wurde dieses Verbot bereits von ihr als Beitrag zum Klimaschutz umgesetzt. Über dieses geplante „Flugverbot“ für den Flughafen Graz gibt es bereits zahlreiche kritische beziehungsweise ablehnende Stimmen aus der Wirtschaft und auch der Flughafenbetreiber.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche nachhaltigen Auswirkungen sehen Sie für den Wirtschaftsstandort Graz, wenn dieses von Bundesministerin Gewessler avisierte Flugverbot zur Umsetzung kommt?

Bgm. Mag. **Nagl:**

Herr Klubobmann, ich möchte einen Ordnungsruf erteilen. Weder „durchgeknallt“ noch „Blödheiten“ sollten wir einer Ministerin oder einer Politikerin in Österreich zuordnen. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber das war durchwegs die falsche Wortwahl (*Appl.*).

Ich darf den Herrn Stadtrat nun um die Antwort ersuchen.

StR Dr. **Riegler:**

Sehr geehrte Frau Clubobfrau Daniela Gmeinbauer, lieber Armin Sippel. Ich war selbst, ehrlich gesagt, ein wenig schockiert und das hat mir ein wenig die Sorgenfalten auf die Stirn getrieben, als ich letzten Sonntag in der Pressestunde eben die besagte Nachricht erhalten habe, dass wir ab 2028 auf Wunsch der Frau Bundesministerin möglicherweise keine Inlandsflüge Graz-Wien mehr haben würden. Wenn ich mich frage; welche Auswirkungen hat das auf uns, dann kann man die Antwort in drei Teile teilen. Nämlich erstens: Welche Auswirkung hat es auf uns in Graz? Also auf die Holding Graz, auf die Stadt Graz, auf das Haus Graz. Zweite Frage: Welche Auswirkung hat das auf den Flughafen Wien? Und drittens: Welche Auswirkung hat es auf die Austrian Airlines? Zunächst einmal die Auswirkungen auf Graz. Wir müssen wissen, dass wir, wenn wir von Flugbewegungen von Graz aus reden, ca. 1 Mio. Flugbewegungen vor Corona hatten, das ist natürlich, wie wir alles wissen, ziemlich zum Erliegen gekommen aufgrund der Corona-Pandemie. 130.000 Flugbewegungen davon, also ca. 8 bis 9 % der Flugbewegungen, betreffen Graz-Wien. Diese 130.000 Flugbewegungen Graz-Wien entfallen zum überwiegenden Teil, also zum fast

ausnahmslos überwiegenden Teil auf Flugbewegungen, die anschließend vom Hub Wien weg in weitere Zielorte gehen, also sprich niemand fliegt aus Spaß und Jux und Tollerei mit dem Flugzeug von Graz nach Wien, um dann in Wien, in das Schloss Schönbrunn zu gehen, sondern der Flughafen Wien wird als Hub genutzt. Die Auswirkung der Maßnahme, die die Frau Bundesministerin vorgeschlagen hat, hätte daher erstens einmal eine massive negative Auswirkung auf den Flughafen Wien, denn dort würde dann entsprechend das Geschäft verloren gehen. Die Menschen würden dann eben über München oder Frankfurt fliegen. Wenn das passiert, ist es im Übrigen auch durchaus die Frage, ob das dann für den Klimaschutz besser ist, wenn man z.B. nach Moskau muss, dass man zunächst über Frankfurt fliegen muss, um dann nach Moskau zu kommen, also da ist es möglicherweise von Graz über Wien etwas kürzer. Die Auswirkungen auf die Austrian Airlines brauche ich nicht beschreiben. Austrian Airlines hat ihren Heimatflughafen am Flughafen Wien und wenn wir einerseits hunderte Millionen Euro in die Hand nehmen, um die Austrian Airlines zu retten, ist es natürlich irgendwie fast eine wenig eine Schildbürgerei, wenn wir dann den Austrian Airlines das Inlandsfluggeschäft wegnehmen.

Für uns selbst hat es natürlich eine dramatische Auswirkung. Ich darf darauf hinweisen, dass am Flughafen Graz ca. 160 Mitarbeiter direkt beschäftigt sind. Wir hatten bis 2019, also bis vor Corona, jährlich eine Dividende von 5 Mio. Euro vom Flughafen, die dann in das städtische Budget geflossen ist, mit dem konnten wir Sozialleistungen, Bildung, Sport, Kultur finanzieren. Das heißt, diese 5-Mio.-Dividende ist natürlich leider Gottes heuer nicht geflossen. Das EBDA war in den letzten Jahren durchwegs immer zwischen 10 und 12 Mio. Euro, das hat momentan natürlich auf null gedreht. Das heißt, insgesamt hätten wir, und das ist also die Antwort, ganz erhebliche finanzielle Einbußen für die Stadt Graz und insbesondere auch für alle möglichen daseinsvorsorgenden sozialen und kulturellen Leistungen zu gewärtigen, denn ist halt dann einfach 5 Mio. Euro weniger Geld da, davon abgesehen, geht es eben um 170 direkte Arbeitsplätze (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Dankeschön, gibt es Zusatzfragen oder eine Entschuldigung?

KO GR Mag. **Sippel**:

Danke, Herr Bürgermeister. Ich darf im Namen der Clubobfrau Gmeinbauer und auch in meinem eigenen Namen eine Zusatzanregung, eine Zusatzfrage einbringen, versprochen, nüchtern, sachlich ohne weitere Knallfrösche: Bist du bereit, dem neuen Geschäftsführer, der neuen Geschäftsführung des Flughafens Graz ermutigende Worte in dieser Angelegenheit zukommen zu lassen und auch Unterstützung zuzusagen, wenn es darum geht, eine noch größere Attraktivität des Flughafens Graz durch neue Anbindungen auszurichten (*Appl.*)?

StR Dr. **Riegler**:

Also zunächst einmal gehe ich ja davon aus, dass aufgrund der Segnungen des Internets und dieses Livestreams wahrscheinlich die beiden Geschäftsführer des Flughafens ohnedies wahrscheinlich momentan mit spitzen Ohren vor dem Computer sitzen und das hören werden, und ich darf schon jetzt auf diesem Wege sagen, also jedes kräftigende, bestärkende Wort, das ich geben kann, werde ich geben, um eben tatsächlich unsere Flughafengeschäftsführer dabei zu unterstützen, dass wir möglichst rasch wieder in die Gänge kommen (*Appl.*).

7.6 Frage 5: Gratisnutzung der Angebote von Sportvereinen für alle SozialCard-BezieherInnen
(GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Bedingt durch die Corona-Krise ist bei vielen Menschen das Bedürfnis nach sportlichen Aktivitäten gewachsen. Viele haben in den letzten Monaten ihre Zeit vor allem zu Hause mit weniger Bewegung und weniger sozialen Kontakten verbracht. Das trifft auf Kinder und Jugendliche, aber auch auf Erwachsene und insbesondere auch ältere Menschen zu, für die Bewegung ebenso wichtig ist, um physisch und psychisch gesund zu bleiben. Aber abgesehen von den durch Corona bedingten Einschränkungen, die auch weiterhin unseren Alltag noch bestimmen werden, gilt es, den Blick auch auf die Menschen zu richten, bei denen die Gefahr der Isolation aufgrund ihres geringen Einkommens groß ist, da die Möglichkeiten, Aktivitäten außer Haus nachzugehen, ohne Geld dafür bezahlen zu müssen, generell stark eingeschränkt sind. Die zahlreichen Angebote im Sportjahr 2021, die alle Grazer und Grazerinnen motivieren sollen, sich sportlich zu betätigen, wird also diese Menschen nicht erreichen, da sie für sie nicht leistbar sind. Deshalb ist es wichtig, für alle SozialCard-BezieherInnen die Möglichkeiten dahingehend zu verbessern, dass sie die Sportangebote der verschiedenen Sportvereine zum Training gratis nutzen können. Dabei gilt es zu überdenken, ob das entweder mit einer Zuzahlung zu den Vereinsmitgliedsbeiträgen ermöglicht werden kann oder indem man aktiv an die Vereine herantritt, um sie dafür zu gewinnen, Gratiskontingente für SozialCard-BezieherInnen zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, prüfen zu lassen, ob im Sportjahr 2021 allen SozialCard-BezieherInnen eine Gratisnutzung der Angebote von Sportvereinen ermöglicht werden kann (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Bedingt durch die Corona-Krise ist bei vielen Menschen das Bedürfnis nach sportlichen Aktivitäten gewachsen. Viele haben in den letzten Monaten ihre Zeit vor allem zu Hause mit weniger Bewegung und weniger sozialen Kontakten verbracht. Das trifft auf Kinder und Jugendliche, aber auch auf Erwachsene und insbesondere auch ältere Menschen zu, für die Bewegung ebenso wichtig ist, um physisch und psychisch gesund zu bleiben.

Aber abgesehen von den durch Corona bedingten Einschränkungen, die auch weiterhin unseren Alltag noch bestimmen werden, gilt es, den Blick auch auf die Menschen zu richten, bei denen die Gefahr der Isolation aufgrund ihres geringen Einkommens groß ist, da die Möglichkeiten, Aktivitäten außer Haus nachzugehen, ohne Geld dafür bezahlen zu müssen, generell stark eingeschränkt sind. Die zahlreichen Angebote im Sportjahr 2021, die alle Grazer und Grazerinnen motivieren sollen, sich sportlich zu betätigen, wird also diese Menschen nicht erreichen, da sie für sie nicht leistbar sind. Deshalb ist es wichtig, für alle SozialCard-BezieherInnen die Möglichkeiten dahingehend zu verbessern, dass sie die Sportangebote der verschiedenen Sportvereine zum Training gratis nutzen können. Dabei gilt es zu überdenken, ob das entweder mit einer Zuzahlung zu den Vereinsmitgliedsbeiträgen ermöglicht werden kann oder indem man aktiv an die Vereine herantritt, um sie dafür zu gewinnen, Gratiskontingente für SozialCard-BezieherInnen zur Verfügung zu stellen.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, prüfen zu lassen, ob im Sportjahr 2021 allen SozialCard-BezieherInnen eine Gratisnutzung der Angebote von Sportvereinen ermöglicht werden kann?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Uli, danke, dass du hier feststellst, dass unter Schwarz-blau in den letzten vier Jahren zum Thema Sport und auch im Sozialen sehr viel weitergegangen ist (*Appl.*).

Ich möchte ganz kurz auch auflisten, was wir bei der SozialCard auch ausweiten konnten, das ist nämlich wirklich viel, was da das Sozialamt vorweisen kann: ein vergünstigter Preis im Sommerprogramm für Kinder, gratis WC-Benutzung, gratis Musikunterricht, die Schulaktion haben wir um 20 % angehoben, Ermäßigung bei Mittagmenüs, 50 % Ermäßigung beim Publikumseislauf am Karmeliterplatz, gratis Nachhilfe bei BIT-Social und eben die von dir angesprochene Unterstützung für Familien, die eine SozialCard haben, was Sportvereine betrifft. Das ist, glaube ich, ein sehr großer Wurf. Ich möchte mich bei allen Ämtern bedanken, die mitgemacht haben. Allen voran beim Sportamt, der Thomas Rajakovics ist heute da, aber er hat die Unterstützung bekommen vom Jugendamt und auch vom Sozialamt. Und wir haben es jetzt endlich geschafft, dass es nicht ausschlaggebend ist, ob die Eltern ein dickes oder dünnes Geldbörserl haben. Es geht darum, dass wir möglichst niederschwellig das Sportangebot auf tun. Warum machen wir das speziell für junge Menschen und für Kinder? Weil man durch Sport, vor allem durch den Vereinssport, irrsinnig viel für das Leben lernt: man lernt, im Team zusammenzuwirken, man lernt, gemeinsam verlieren, man gewinnt gemeinsam. Wenn man einmal verliert, steht man gemeinsam wieder auf. Also das sind alles Learnings, die für das Leben ganz, ganz wichtig sind, deswegen glaube ich, ist uns hier was Großes gelungen. Ich bitte auch, diese Maßnahme, dass ihr die weiterkommuniziert, dass viele Familien erfahren, dass viele Familien von diesem Angebot Gebrauch machen. Dein Anliegen geht jetzt in die Richtung, dass wir allen SozialCard-Inhabern einen Gratis-Zugang ermöglichen. Da bin ich jetzt nicht sofort Feuer und Flamme, sage ich auch ganz ehrlich, weil du erwachsene Menschen ansprichst, und wir haben ja ein Gratis-Angebot im Stadtraum, ein umfangreiches Gratis-Angebot, nämlich 32 Bezirkssportplätze, 18 Streetworkout-Plätze. Wir haben unzählige Lauf- und Radstrecken. Also da ist sehr viel vorhanden. Wir haben jetzt durch das Sportjahr auch vor allem auf die Alltagsbewegung gesetzt mit den Seven Summits,

hier ein Dankschön an Klaus Höllbacher, eine grandiose Idee, die die Leute wirklich abgeholt hat und noch immer abholt. Also da gibt es jetzt verschiedene neue Mutationen, wenn ich diesen Begriff einmal positiv darstellen möchte, was die Seven Summits betrifft, z.B. Seven Summits extrem. Wir haben die Steps-App, die ist in aller Munde und Gott sei Dank schon fast auf jedes Handy heruntergeladen, wo man vor allem sich im Schrittemachen matchen kann. Wir haben die Tour around Graz, wo man mit dem Rad einmal um Graz fährt, und diese Tour ist auch nicht unbedingt in einem durchzufahren, die 80 km, sondern man kann hier das halbieren oder vierteln. Also jeder wird abgeholt, was er an Sport leisten kann, und wir haben auch die Schloßberg-Challenge. Also mein Hauptaugenmerk liegt auf Kindern und Jugendlichen. Wenn es einen Bedarf gibt bei Vereinen, wenn sich eine Familie die Mitgliedschaft wirklich nicht leisten kann, dann bitte bring mir diese Familien, dann werden wir das im Einzelfall auch lösen können (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer:

Die Antwort war ziemlich eindeutig, trotz alledem würde ich mir natürlich wünschen, dass man trotzdem mit einzelnen Vereinen auch darüber spricht, was also die Beteiligung von erwachsenen SozialCard-Beziehern und –Bezieherinnen anbelangt. Das ist mein Wunsch, man kann es auch als Frage auslegen. Aber ich glaube, es sind nicht nur Gratis-Angebote für Erwachsene von Interesse, natürlich, aber vielleicht will jemand auch in einem Schach-Verein Mitglied werden und sich da beteiligen, weil das ja auch als eine sportliche Aktivität gilt, deshalb würde ich mich hier mehr wünschen in Richtung erwachsene SozialCard-Bezieher und –Bezieherinnen. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Also wir haben bis zu 300 Sportvereine in Graz, und die Sportvereine haben Funktionäre, die ehrenamtlich arbeiten und die schauen, dass niemand auf der Strecke bleibt. Also ich weiß, dass hier individuelle Lösungen gefunden werden, und wenn es

irgendwo Probleme gibt, kannst du gerne mit diesen Familien, wie gesagt, zu mir kommen. Ich möchte nur sagen, das Projekt für Kinder und Jugend kostet derzeit 150.000 Euro. Ich glaube, das ist jetzt einmal ein großes Projekt, das Projekt hat gerade gestartet und wir werden es natürlich auch evaluieren (*Appl.*).

**7.7 Frage 7: Delogierungen verhindern –
die soziale Krise hat gerade erst begonnen
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream und lieber Kurt. Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung wie die von der Susi Bauer, aber ich denke, das macht nichts, weil das einfach ein sehr aktuelles und drängendes Thema ist, und von dem her gut, dass es sogar zweimal heute im Gemeinderat Platz findet. Es geht nämlich um die Delogierungswelle, die sich abzeichnet, eben weil Mietzinsstundungen aus dem letzten Jahr jetzt fällig werden, aber nach wie vor ganz viele Menschen in Kurzarbeit sind, arbeitsuchend sind, mit weniger Einkommen zurechtkommen müssen als vor der Corona-Krise. Ganz allgemein lässt sich sagen, also wir sind ja jetzt auf einem guten Weg. Es gibt Fortschritte bei den Impfungen, die Infektionszahlen stabilisieren sich, also wir sind dabei, die Gesundheitskrise zu überwinden, aber uns allen sollte bewusst sein, dass die soziale Krise gerade erst begonnen hat und viele Menschen, die schon vorher in Armut gelebt haben oder armutsgefährdet waren, jetzt ganz besonders betroffen sind. Deswegen warnen auch seit einigen Wochen Caritas, Volkshilfe und viele andere vor eben dieser beginnenden Delogierungswelle. Diese sich abzeichnenden soziale Katastrophe, die können wir jetzt natürlich nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene lösen, aber auch Graz sollte hier aktiv werden, und zwar unter enger Abstimmung des Sozial- und des Wohnressorts. Ich nenne ein paar Maßnahmen, die angedacht werden könnten. Also du hast vorher eh schon erwähnt diesen Sondertopf „Graz hilft“. Du hast gesagt, es ist

da noch einiges an Geld vorhanden, das beantragt werden könnte, also dann wäre es vielleicht auch sinnvoll, z.B. über die Medien BürgerInnen darauf aufmerksam zu machen, dass sie eben auch bei Mietrückständen sich an diesen „Graz hilft“-Fonds wenden können, dass das halt auch mehr Leute wissen. Dann auch wenn es jetzt zu Delogierungen bei Gemeindewohnungen im Raum stehen sollte, dass man hier auf jeden Fall im Einzelfall Lösungen findet für die Menschen, dann die Sonderzahlungen des Sozialamtes, haben wir vorher gesagt, und mittelfristig wird es auch einfach einen Ausbau von Housing-first-Angeboten und Angeboten der Wohnungshilfe brauchen. Und einen wichtigen Punkt, der nicht unmittelbar in deine Zuständigkeit fällt, aber den ich schon noch einmal ansprechen möchte, sind auch Hilfen für die Wohnungseinstiegskosten. Also wir haben ja in Graz einen Kautionsfonds, was eine total wichtige Sache ist, weil eben gerade am Anfang, wenn man eine neue Wohnung bezieht, sehr viele Kosten anfallen, und dafür muss man für fünf Jahre in Graz gemeldet sein und dafür gibt es wirklich überhaupt keine Notwendigkeit. Und ich denke, gerade Menschen, die nicht so lange noch in Graz leben, würden besonders jetzt ganz dringend Unterstützung für den Wohnungseinstieg brauchen. Deshalb richte ich folgende

Frage

an dich:

Welche Maßnahmen wirst du in deiner Funktion als Sozialstadtrat setzen, um in den nächsten Wochen und Monaten Delogierungen in Graz zu verhindern (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Meine Frage bezieht sich auf die zu befürchtende Delogierungswelle aufgrund fällig gewordener Mietzins-Stundungen, wie diese Delogierungen verhindert werden könnten und was die Stadt Graz dazu beitragen könnte.

Die stabile Entwicklung der Infektionszahlen und die Fortschritte beim Impfen geben erste Hoffnung auf eine Überwindung der Gesundheitskrise, die soziale Krise hat aber gerade erst begonnen. Besonders Menschen, die bereits vor Corona in Armut lebten oder armutsgefährdet waren, trifft die Wirtschaftskrise hart. Seit einigen Wochen warnen NGOs wie Caritas und Volkshilfe, aber auch die Arbeiterkammer, vor einer beginnenden Delogierungswelle. Stundungen aus dem ersten Lockdown im Vorjahr werden nun fällig, nach wie vor befinden sich aber viele in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeit verloren.

Diese sich abzeichnende soziale Katastrophe kann nicht allein auf kommunalpolitischer Ebene gelöst werden (bis zu 17.000 MieterInnen könnten in den nächsten Wochen und Monaten österreichweit von Delogierungen betroffen sein). Dennoch könnten auch in Graz unter enger Abstimmung des Sozial- und des Wohnressorts einige wirkungsvolle Maßnahmen diskutiert und gesetzt werden, wie beispielsweise:

- *Einrichtung eines Sondertopfes im „Graz hilft“-Fonds für Mietrückstände*
- *Einzelfalllösungen für drohende Delogierungen aus Gemeindewohnungen*
- *Sonderzahlungen des Sozialamts („Hilfe in besonderen Lebenslagen“)*
- *Aufhebung der 5-jährigen Meldedauer für den Zugang zum Kautionsfonds der Stadt Graz und damit Unterstützung beim Wohnungswechsel für alle GrazerInnen*
- *mittelfristig Ausbau von „Housing first“- und Wohnungssicherungsangeboten*

Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Welche Maßnahmen wirst du in deiner Funktion als Sozialstadtrat setzen, um in den nächsten Wochen und Monaten Delogierungen in Graz zu verhindern?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Manuela, ich möchte deine Vorschläge Punkt für Punkt durchgehen. Der Sozialfonds „Graz hilft“, den habe ich bei der Beantwortung zuvor schon beschrieben, also die Eckdaten sind, finde ich, selbstredend, dass das eine notwendige Einrichtung ist, und ich bin froh, dass wir das eingeführt haben und jetzt zum fixen Bestandteil der Sozialstadt Graz gemacht haben. Deinem Vorschlag, dass wir noch einmal in den Medien einen Aufruf starten, werde ich gerne folgen, der Gerald Winter ist heute da, vielleicht macht er das auch, aber ich werde natürlich auch an andere Medien herantreten. Zweiter Punkt: Einzelfalllösungen. Wir sind natürlich auch vernetzt mit anderen Stellen. Kurz zu den Zuständigkeiten: Für sämtliche städtische Wohnungen und Wohnungsformen sowie auch für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung ist das Sozialamt verantwortlich, hier gibt es auch sozialarbeiterische Tätigkeiten, Sozialarbeiter. Unsere Sozialarbeiter werden auch frühzeitig von den Gerichten von anstehenden Delogierungen informiert oder von drohenden Delogierungen, das heißt, es ist immer am besten, eine Delogierung abzuwenden. Wenn einmal eine da ist, dann ist schon sehr viel leider kaputt, und der präventive Ansatz ist da sehr wichtig. Für alle anderen ist die erste Anlaufstelle die Wohnungssicherungsstelle der Caritas, die ist sehr gut, ich möchte mich auch bei der Caritas für die Leistungen bedanken, aber auch hier helfen unsere Sprengelsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter. Ich möchte kurz einen Überblick bieten, was wir noch frei haben bei unserem städtischen Angebot: Bei den Übergangswohnungen sind insgesamt 18 Wohnungen frei, im Frauenwohnheim fünf Plätze, zwei WGs für Mütter und Kinder, Männerwohnheim hat sechs Plätze frei, aber da gibt es derzeit gerade einen Umbau, das heißt, wenn dieser Umbau fertiggestellt ist, sind 17 Plätze hoffentlich auch noch verfügbar. Aber hier ist anzumerken, Gott sei Dank ist diese Katastrophe noch nicht da, von der du schreibst, Gott sei Dank, aber wir sind natürlich gewarnt, dass nach der Gesundheitskrise jetzt auch eine soziale Krise kommen kann. Wir versuchen, sie bestmöglich abzuwenden, aber wenn ein Mehrbedarf da ist, versuchen wir, diesen Mehrbedarf auch abzudecken. Der dritte Punkt, den du angesprochen hast, Sozialleistungen über das Sozialamt, habe ich in der

vorigen Frage beantwortet. Vierter Punkt: Kautionsfonds der Stadt Graz, da müsstest du die Frage an das Wohnungsamt und an Wohnen Graz richten, mit den fünf Jahren, aber das ist unter Schwarz-blau so vorgegeben aus diversen Gründen. Punkt fünf: Housing first, das ist ein ganz sinnvolles Projekt aus meiner Sicht, weil man Menschen unterstützt, stabile, langfristige und autonome Wohnverhältnisse wieder zu bekommen und auch hier habe ich die Mittel sehr stark anheben können. Wir haben hier zwei Projekte, das ist Housing first und das Projekt First Step, hier haben wir die Mittel von 180.000 Euro auf 212.000 Euro angehoben. Zusammengefasst: Wir haben gesetzliche und freiwillige Unterstützungen, wir haben private Organisationen, die auch mithelfen, und sollte wirklich der worst Case eintreten, bin ich bereit, mit der Soziallandesrätin zu sprechen, wie wir die Masse an Menschen dann noch abfedern und unterstützen können (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Vielen Dank für die grundsätzliche Bereitschaft, dass du dich einfach einsetzt, dass es möglichst zu keinen Delogierungen in Graz kommt und dass du auf vielfältigen Ebenen aktiv bist. Ich frage jetzt noch einmal zum Kautionsfonds. Ich weiß, es fällt nicht in deine unmittelbare Zuständigkeit, aber ich habe da letztens darüber nachgedacht und ich frage mich immer, ob das quasi versehentlich mit den Richtlinien für Gemeindewohnungen, über die wir ja schon oft diskutiert haben, da mitverändert wurde. Es gibt wirklich null Grund, dass man fünf Jahre gemeldet sein soll in Graz, um diesen Kautionsfonds zu beantragen, weil da geht es ja um eine Unterstützung bis 1.000 Euro, die man sogar zurückzahlen muss, wenn man auszieht aus der Wohnung. Deswegen frage ich dich, auch wenn du es jetzt nicht im Alleingang ändern kannst, ob du bereit bist, als ganz, ganz sinnvolle, leicht umsetzbare Maßnahme, die sehr vielen Menschen in Graz in der jetzigen Situation helfen würde, das noch einmal anzudenken, dass man hier die Meldedauer verkürzt wieder (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Wir unterstützen so umfangreich, liebe Manuela, dass einige Bürgermeister in der Steiermark das auch erkannt haben, und ich habe einige Fälle, wo Bürgermeister Menschen, die eine Not haben und gehabt haben, die haben eine Liste in die Hand gedrückt bekommen von Bürgermeistern, über Unterstützungsstelle in der Stadt Graz. Und ja, wir sind wirklich eine supersoziale Stadt, und wenn man eine Zeit lang in Graz gewohnt hat, bekommt man auch die volle Unterstützung. Wir können nicht Pull-Faktoren schaffen, dass wir in der Stadt Graz alle sozialen Probleme der Steiermark lösen können, und deswegen hat sich Schwarz-blau entschieden vor vier Jahren, hier auch eine zeitliche Vorgabe zu machen. Das ist der Grund, aber ich bin direkt nicht zuständig, aber ich glaube, ich habe das auch aus der Sicht des zuständigen Vizebürgermeisters beantwortet.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.23 Uhr).

**7.8 Frage 8: Drehleiternfiasko bei der Grazer Feuerwehr
(GR Mag. Haßler, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als ich bei der letzten Gemeinderatssitzung da vorne am Rednerpult gestanden habe und über das peinliche Rasentheater in Liebenau diskutieren musste, das uns dort letztendlich eine Stadionsperre dort eingebracht hat, weil wir unsere Hausaufgabe nicht rechtzeitig erledigt haben, habe ich gedacht, dass das ein einmaliger Ausrutscher war, aber leider ist dem nicht so. Jetzt haben wir wieder einen Bereich, wo die Hausaufgaben nicht erledigt wurden, und zwar im Bereich der Feuerwehr Graz. Dort sogar in die Richtung, dass es jetzt schon zu einer sehr gefährlichen Situation, zumindest für eine kurze Zeit, gekommen ist, und zwar sind dort zwei von drei Drehleiterfahrzeugen ausgefallen, weil

sie verrostet sind und nicht mehr eingesetzt werden können, und das führt natürlich schon zu einer dramatischen Lage, weil diese Fahrzeuge werden in Graz täglich benötigt, weil für einen Brand ab dem dritten Stock sind diese Fahrzeuge notwendig und auch in Graz haben wir sehr viele Häuser, wo das notwendig ist, diese Fahrzeuge auch einzusetzen, auch bei Fehllarmen, beispielsweise im LKH müssten diese Fahrzeuge regelmäßig ausrücken. Jetzt hat es eine Übergangslösung gegeben mit den Umlandfeuerwehren. Und heute habe ich gelesen, dass wir jetzt von Wien ein Fahrzeug geborgt bekommen für eine gewisse Zeit, und dass für eine Summe von 5.000 Euro pro Woche von einem Anbieter uns ein Leihfahrzeug zur Verfügung gestellt wird. Für mich unbefriedigend, weil es wieder ein Beispiel ist, dass wir sehr viel Geld in die Hand nehmen für diverse Projekte, aber eigentlich unsere Hausaufgaben offensichtlich nicht erledigen. Weil ähnlich, wie es beim Rasen in Liebenau war, ein Rasen wird ja nicht über Nacht welk, sondern das dauert eine gewisse Zeit, bis er nicht mehr benutzbar ist. Ähnlich ist es bei diesen Drehleitern. Ich glaube nicht, dass eine Drehleiter am Abend in die Garage gestellt wird und am nächsten Morgen ist sie verrostet. Also ich gehe davon aus, und die Feuerwehr hat es ja auch gesagt, dass die Politik immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass da ein Problem ist, dass sich dieses Problem schon längst angekündigt hat und ich sehe nicht ein, warum man nicht schon vorher gehandelt hat, weil dass man es jetzt repariert, das hätte man schon längst tun können. Wir haben auch für die Feuerwehr in den vergangenen Jahren viel Geld in die Hand genommen, ich erinnere an die 700.000 Euro im Vorjahr, da haben wir transparente Wagenhallentore geschaffen für die Hauptfeuerwache, eine neue Beleuchtung, damit es von außen schon rot ausschaut und so weiter und so fort. Also, aus meiner Sicht, fehlen in dieser Stadt bei den Projekten offensichtlich die Prioritätensetzungen, weil Geld scheint genug vorhanden zu sein. Aus meine Sicht, zählt bei vielen Projekten die Fassade mehr als der Inhalt, ich denke nur an die Projekte Olympia-Bewerbung, Plabutschgondel, beim Sportjahr die Großevents, wo hunderttausende Euro ausgegeben werden ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Fragen! Deine Zeit ist schon vorbei.*

GR Mag. **Haßler**:

... danke, Mario, für den Hinweis. Ich weiß, dass es unangenehm ist. Wo hunderttausende Euro ausgegeben werden für Projekte, die so nicht sein müssten. Ich darf daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage

stellen:

Warum wurden die desolaten Drehleitern bei der Grazer Feuerwehr nicht zeitgerecht ausgetauscht bzw. repariert (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Bei der Grazer Feuerwehr herrschen wieder einmal besorgniserregende Zustände. Zwei von drei für eine Stadt mit vielen Hochhäusern im wahrsten Sinne des Wortes „lebensnotwendigen“ Drehleitern der Grazer Feuerwehr fallen aus. Dadurch ist im Ernstfall einerseits das Leben der Grazer Bevölkerung gefährdet und andererseits werden auch unsere Feuerwehrleute einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage:

Warum wurden die „desolaten“ Drehleitern bei der Grazer Feuerwehr nicht zeitgerecht ausgetauscht?

Bgm. Mag. **Nagl**:

Geschätzter Herr Gemeinderat, du hast es jetzt ja nicht verkündet, aber zumindest steht es da: „Drehleiternfiasko bei der Grazer Feuerwehr“ war die Überschrift des Antrages, und ich werde dann etymologisch und inhaltlich gerne darauf eingehen, ob das wirklich ein Fiasko ist oder ob man bewusst wieder einmal versucht, eines daraus zu machen. Die Berufsfeuerwehr verfügt über drei im Jahre 1998 angeschaffte Drehleiterfahrzeuge, bei welchen in der jüngeren Vergangenheit aufgrund der alters- und einsatzbedingten Abnutzung immer wieder Reparaturarbeiten durchgeführt werden mussten. Geplant ist ein Tausch der Drehleiterfahrzeuge aus diesem Jahr im Jahr 2023. Warum ist das so? Weil der Landesfeuerwehrverband Steiermark leider auch keine Unterscheidung macht, ob dieses Drehleiterfahrzeug in der Stadt Graz sehr oft gebraucht wird oder ob Drehleiterfahrzeuge in anderen steirischen Gemeinden relativ selten zum Einsatz kommen. Das heißt, der Feuerwehrverband gibt vor, wie lange diese Fahrzeuge im Betrieb sein sollen und müssen. Erst im fünfundzwanzigsten Jahr kann man wieder um eine Förderung ansuchen. Nachdem ein solches Fahrzeug 750.000 Euro mindestens kostet, und wir einen Zuschuss des Landes von 400.000 Euro bekommen, ist es selbstverständlich klar, dass wir das noch abzuwarten haben. Mich würde es freuen, wenn hier eine Differenzierung gemacht werden würde, und selbstverständlich sind unsere Mitarbeiter bei der Feuerwehr immer wieder bei den Kontrollen unserer Ausrüstung und bei den Kontrollen unserer Fahrzeuge tätig. Und so haben sie am vergangenen Dienstag im Zuge der ordnungsgemäßen Überprüfung bei einem Drehleiterfahrzeug plötzlich eine Korrosion am Hauptrahmen im Bereich der Federfeststellung festgestellt und mussten das Fahrzeug einmal schnell aus dem Verkehr ziehen und außer Dienst stellen. Im Anschluss daran haben sie auch etwas gemacht, was sehr vorbildhaft ist, sie haben gesagt, wenn das bei einem Fahrzeug ist, schauen wir noch einmal genau hin auch bei den anderen beiden Fahrzeugen, und haben festgestellt, dass auch dort bei einem zweiten Fahrzeug ein solcher Rost oder solche Risse schon da sind, und haben damit auch dieses Fahrzeug aus dem Verkehr genommen. Das dritte Fahrzeug und die Teleskopmastbühne, die wir haben, sind natürlich selbstverständlich im Einsatz und auch einsatzbereit. Es wurde auch den

Medien, aber anscheinend ist der Skandal heute so schön, ihn darzustellen, den Medien wurde eigentlich sofort gesagt, dass wir schon Maßnahmen getroffen haben bei der Feuerwehr, die eine ist ja gerade gesagt worden. Wir befinden uns in einem Verband, in einem Feuerwehrverband, und wenn bei uns etwas nicht in Ordnung ist, helfen uns die Nachbargemeinden aus so wie wir auch umgekehrt im Verband zusammenhalten. Das heißt, die Drehleitern von Kalsdorf, Lassnitzhöhe, Unterpremstätten, etc. sind auch für Graz einsatzbereit und die sind als solche sofort anzufordern und da gibt es auch eine Zusammenarbeit. Die Berufsfeuerwehr Wien, weil diese Zusammenarbeit über das hinausgeht, hat auch so viele Fahrzeuge, und hat auch gesagt, dass wir nächste Woche ein Einsatzfahrzeug von ihnen zur Verfügung gestellt bekommen, und dass der Hersteller eh baldigst ein Einsatzfahrzeug zur Verfügung stellt, ist heute auch schon in den Medien gestanden. Das Ok ist da, dafür muss man auch allerdings zahlen; aber wir hoffen, dass die Reparaturarbeiten schnell voranschreiten, dann wird das nicht besonders teuer werden. Also auch wenn die Situation derzeit nicht optimal ist, besteht vor dem Hintergrund der erwähnten Maßnahmen kein Grund für eine Panikmache oder überhaupt die Bezeichnung Fiasko. Im Übrigen etymologisch kann man klar sagen, es kommt vom italienischen Fiasko, was so viel wie Flasche bedeutet, und im allgemeinen Sprachgebrauch hat man dann gesagt, das steht für Misserfolg. Und ich möchte dir, Herr Gemeinderat, sagen, dass der sprachliche Einsatz diverser Superlative und Übertreibungen sich nicht nur abnützt, sondern ist auch dieses Mal einfach nicht angebracht und versucht lediglich, die gute Arbeit unserer Einsatzkräfte in Misskredit zu ziehen, Wertschätzung für die Arbeit der Kollegen und der Kolleginnen dort sieht anders aus. Also weder Flasche noch ernsthaft Misserfolg, sondern ein sehr sorgsames und gewissenhaftes Vorgehen. Dass daraus gleich ein Skandal gemacht werden soll von deiner Seite, sehe ich nicht so. Gott sei Dank haben unsere Leute bei den Routinekontrollen festgestellt, dass es so ist, und vielleicht kannst du auch mithelfen, dass wir das schaffen, dass das Land und der Landesverband diese Förderungen früher für Graz vergeben (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe das Wort Fiasko ja heute nicht erwähnt, wie du richtigerweise festgestellt hast, und ich habe auch in keinster Weise meine Kritik jetzt auf die tolle Arbeit unserer Feuerwehr bezogen, also das stelle ich hier ausdrücklich fest. Sondern das Wort, wenn du es schon erwähnst, Fiasko, war auf das Vorgehen der Politik bezogen, weil ich schon der Meinung bin, dass die Politik Rahmenbedingungen zu schaffen hat. Und wenn ich mir jetzt die Sparbuchstände anschau, die auch ein bisschen Ausdruck darüber verleihen, wie viel Geld jemand noch zur Verfügung hat, da sehe ich bei der Feuerwehr ganze 3.700 Euro am Sparbuch noch als Rest. Die anderen Ämter haben im Summe 33 Mio. Euro zur Verfügung. Nur im Bereich der Behindertenhilfe ist noch weniger, da ist nämlich null am Sparbuch. Also es wäre schon angebracht, auch in der Budgetfrage der Feuerwehr ein bisschen großzügiger zu sein, wir sind ja sonst in dieser Stadt auch nicht so sparsam. Ich darf daher an dich die Zusatzfrage stellen, und das bezieht sich jetzt auf den Feuerwehrverband, ich gehe ja davon aus, dass dort auch Menschen mit Hausverstand am Werk sind, und du hast es ja richtigerweise gesagt, die Nutzung in Graz ist viel intensiver als bei einer Landfeuerwehr, und deshalb ist die fünfundzwanzigjährige Nutzungsdauer bei uns einfach nicht tragbar. Ich darf daher an dich die Zusatzfrage stellen: Bist du bereit, mit dem Feuerwehrverband darüber zu reden, dass wir hier zu einer vernünftigen Nutzungsdauer kommt? Und bist du auch bereit, die Budgetsituation der Feuerwehr etwas zu verbessern? Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**:

Also die Budgetsituation der Feuerwehr ist keine angespannte Situation. Wir werden ja demnächst die Feuerwache Ost vorstellen. Wir haben die Hauptfeuerwache gerade neu ausgestattet, die ganzen Tore, alles wurde dort neu gebaut, unsere gesamten Ausrüstungsgegenstände wurden erst kürzlich erneuert. Also, wenn ich so sagen darf, gerade du, der auf das Budget gerne achtet, solltest schon auch mit dabei sein, wenn wir bei drei Fahrzeugen 1,2 Mio. Euro an Förderung bekommen, deswegen werden wir

da nichts vorzeitig neu anschaffen. Und wir versuchen seit Jahren, im Feuerwehrverband eine Verbesserung und eine Differenzierung zu erreichen, das werde ich auch weiterhin tun, aber bis jetzt waren wir da nicht erfolgreich (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.34 Uhr).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Die Fragestunde ist nun vorbei. Ich muss leider sagen, dass wir diese Fragen, die jetzt noch kommen, nicht mehr beantworten können.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm. Mag. **Nagl**:

Ich weiß, du wärst auch gerne drangekommen, viele andere auch. Ich habe meine erste Überschreitung mit der Zusatzfrage wieder schnell hereinbekommen, aber trotzdem, ihr könnt euch dann bitte wieder schriftlich austauschen.

Ende Fragestunde: 13.34 Uhr